

1501 Postulat (SP Köniz) "Stopp der berufsbildungsfeindlichen Praktikumskultur an Kindertagesstätten in Köniz"

Beantwortung und Abschreibung; Direktion Bildung und Soziales

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird aufgefordert, in den Leistungsverträgen mit den Kindertagesstätten, Bestimmungen aufzunehmen, welche die Anstellung von Minderjährigen für Praktika ausschliessen. Zulässig sind weiterhin Praktika für Minderjährige, in die eine schulische Bildung integriert ist und die zur Festigung einer tragfähigen Berufswahl dienen (z.B. Vorlehre, Sozialjahr JUVESO, Motivationssemester).

Begründung:

Das schweizerische Berufsbildungssystem ist so ausgerichtet, dass in der Regel nach der Volksschule ein Direkteinstieg in eine berufliche Grundbildung möglich sein sollte. Im Bereich der Kindertagesstätten ist es üblich, dass vor Beginn der Ausbildung ein Praktikum von mindestens einem Jahr verlangt wird. In den überbetrieblichen Kursen hat die OdA Soziales Kanton Bern erhoben, dass 2014 nur 12.9 (2013: 10%)% der Lernenden direkt nach der Schule in die Ausbildung haben eintreten können. 62 (76) von 225 (223) Lernenden mussten sogar mehr als ein Jahr Praktikum absolvieren. Gross ist die Dunkelziffer derjenigen, die nach solchen Praktika keine entsprechende Lehrstelle finden und sich nach einem oder mehreren „verlorenen“ Jahren in der Berufswahl neu orientieren müssen.

In einem Merkblatt zu den Praktika vom 19.1.2010 empfiehlt AvenirSocial auf Praktika ohne Anschluss an eine weiterführende Ausbildung zu verzichten. Dies im Unterschied zu Schnupperpraktika, Vor-praktika und Ausbildungspraktika im Bereich der tertiären Berufsausbildung oder Berufspraktika für Stellenlose. Diese machen durchaus einen Sinn.

In der Interpellation 1211 „problematische Praktikums-Kultur in Kitas vom 20.8.2012 wurde dieses Thema bereits angesprochen. Die damalige Begründung für die gestellten Fragen gilt noch heute. Gemäss Antwort vom 31.10.2012 gab es im Jahre 2011 neun Praktikumsstellen für Kindertagesstätten, in denen von der Gemeinde Köniz subventionierte Plätze bereitgestellt wurden. Der Gemeinderat erklärte sich damals bereit, diesen Missstand anzugehen, entsprechende Vorgaben festzulegen und Massnahmen zu ergreifen.

Eine Nachfrage bei der Gemeinde ergab nun, dass 2013 sieben und 2014 acht Jugendliche in den Kindertagesstätten der „kibe Region Köniz“ als Praktikantinnen oder Praktikanten angestellt wurden. Es hat sich also noch nicht viel geändert. Die kibe Region Köniz ist allerdings bereit, Praktika durch Lehrstellen zu ersetzen (Sie hat vom kantonalen Berufs- und Mittelschulamt zusätzliche Lehrstellen für Sommer 2015 bewilligt bekommen). Viele Praktika werden auch durch private Kitas angeboten. Wenn die Gemeinde Köniz in allen Leistungsverträgen mit privaten Kitas, die mit öffentlichen Bei-trägen unterstützt werden, die hier geforderten Bestimmungen aufnimmt, wird eine Gleichbehandlung aller privaten Kitas von Köniz sichergestellt.

Nach kantonalen Vorgaben müssen Betreuungspersonen ohne pädagogische oder sozialpädagogische Ausbildung über Erfahrung und Grundkompetenzen im Umgang mit Kindern verfügen.¹ Dies ist ein weiterer Grund, der gegen diese Praktika spricht. Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren dürften in der Regel diesen Anforderungen nicht genügen.

Eingereicht

16. Januar 2015

Unterschrieben von 16 Parlamentsmitgliedern

Christoph Salzmann, Annemarie Berlinger-Staub, Hugo Staub, Martin Graber, Christian Roth, Vanda Descombes, Stephe Staub-Muheim, Bruno Schmucki, Ruedi Lüthi, Jan Remund, Iris Widmer, Elena Ackermann, Thomas Marti, Barbara Thür, Casimir von Arx, Markus Willi (16)

Antwort des Gemeinderates

Die Begründungen für eine Einschränkung der Praktikumsstellen sind für den Gemeinderat teilweise nachvollziehbar. Er ist jedoch der Ansicht, dass eine gemeindeinterne Regelung dieser Problematik via Leistungsvereinbarungen mit den Anbietern eher heikel ist. Eine solche Massnahme wäre allenfalls denkbar in einer Gemeinde mit gemeindeeigenen, vollumfänglich subventionierten Kindertagesstätten. In einem System mit ausschliesslich privaten Anbietern, bei denen die Gemeinde Plätze einkauft, dürfte dies jedoch schwierig sein. In Köniz wird dies bereits seit mehreren Jahren so gehandhabt. Der Verein kibe Region Köniz bildet hier keine Ausnahme, auch wenn dieser zum jetzigen Zeitpunkt ausschliesslich Plätze anbietet, die durch die Gemeinde eingekauft werden. Die Finanzierung der Plätze ist bei allen Anbietern gleich. Sobald die Unabhängigkeit der Anlaufstelle (Warteliste/Platzierungen) gesichert ist, wird auch der Verein kibe wieder private Plätze bereitstellen können.

Die heutige Praxis in Bezug auf Praktikumsstellen ist sicher nicht optimal, entspricht aber den Vorgaben des kantonalen Jugendamtes zur Erteilung der Betriebsbewilligung für alle privaten Anbieter. Im Gegensatz zur Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration, ASIV, welche für unausgebildetes Personal sowohl Eignung wie Erfahrung voraussetzt, ist in den Vorgaben des Jugendamtes lediglich von der entsprechenden Eignung die Rede. Auch ist dort klar festgehalten, dass sowohl Lernende wie PraktikantInnen zum Betreuungsschlüssel gezählt werden können. Gemäss Auskunft des Jugendamtes wird ein/eine PraktikantIn pro Gruppe (12 Kinder) als angemessen betrachtet. Die Eignung wird, wie auch bei den Lernenden, innerhalb der Probezeit beurteilt. In diesem Vergleich sind durchschnittlich acht Praktikumsplätze in den Kitas des Vereins kibe Region Köniz (insg. 96 Kita-Plätze) durchaus legitim.

Der Ersatz von Praktikumsstellen durch Lehrstellen, soweit dies überhaupt noch möglich ist, würde nicht dazu führen, dass erfahreneres Personal angestellt wird, das dieser Vorgabe in der ASIV entspricht. Um dem Anspruch der Erfahrung gerecht zu werden, müssten PraktikantInnen durch erfahrene Kinderbetreuerinnen ersetzt werden.

Die im Postulat verlangte Vorgabe in den Leistungsverträgen hätte voraussichtlich sowohl einschneidende Auswirkungen auf die Kindertagesstätten in der Gemeinde Köniz wie auch auf die Stellenangebote für die Schulabgänger. Die Zahl der Praktikumsstellen würde deutlich verringert. Für die im Vorstosstext erwähnten Ausnahmen (Juveso, Vorlehre etc.) sind Kindertagesstätten nicht unbedingt die erste Wahl bei der Suche nach einer Praktikumsstelle. Auch hätten diese danach wohl selten Interesse an einer Lehre in einer Kita. Dies könnte die Chancen der Schulabgänger tatsächlich leicht erhöhen, direkt in eine Lehre einzutreten, hingegen könnten insgesamt weniger Stellen (Lehrstellen und Praktikumsstellen zusammen) für diese Altersgruppe geboten werden. Die Anzahl Lehrstellen hat in den Kitas in den vergangenen Jahren bereits zugenommen. Durch die Entrichtung von Ausbildungspauschalen hat die Gesundheits- und Fürsorgedirektion, GEF im Jahr 2012 einen entsprechenden Anreiz geschaffen.

1 Art. 18 der Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration (ASIV)

Der Verein kibe hat nach Beantwortung der Interpellation im Jahr 2012 im Auftrag der Gemeinde zusätzliche Lehrstellen geschaffen und bietet bei insgesamt 96 Betreuungsplätzen aktuell 12 Lehrstellen (ab August 2015 13 Stellen) an. Dazu musste er ein zusätzliches Lehrstellenkontingent bei der zuständigen Stelle der Erziehungsdirektion, ERZ beantragen. Im Vergleich bieten die anderen privaten Anbieter insgesamt 23 Lehrstellen bei total 213 Betreuungsplätzen (subventionierte und private Plätze). Die meisten Betriebe haben somit ihre Möglichkeiten für Lehrstellen ausgeschöpft. Wegfallende Praktikumsstellen müssten deshalb grösstenteils durch festangestellte Kinderbetreuerinnen ohne Fachausbildung ersetzt werden. Den Schulabgängern könnte als Alternative zum Praktikum somit nichts mehr geboten werden.

Die heutige Praxis mag in einigen Fällen dazu führen, dass auch nach einem Praktikumsjahr keine Lehrstelle oder andere Lösung gefunden werden kann. In den Kitas selbst kann nie allen PraktikantInnen eine Lehrstelle geboten werden. Hingegen bieten solche Praktikumsstellen wiederum jenen, die z.B. noch unsicher in ihrer Berufswahl sind, eine gute Gelegenheit, ein Jahr mit einer sinnvollen Aufgabe zu überbrücken und dafür auch einen Lohn zu erhalten, der dem Lohn im ersten Lehrjahr entspricht. Von einem verlorenen Jahr kann in solchen Fällen kaum die Rede sein.

Auch die Betriebskosten einer Kindertagesstätte würden deutlich steigen. Eine Halbierung der Praktikumsstellen würde grob geschätzt pro Platz und Monat zusätzliche Kosten von CHF 150 bis CHF 200 verursachen. Für die Gemeinde würde dies Mehrkosten zwischen CHF 325'000 und CHF 430'000 pro Jahr bedeuten. Aber nicht nur die Gemeinde müsste bereit sein, ihre Abgeltung für die subventionierten Plätze zu erhöhen, auch die Tarife für die privaten Plätze wären von der Kostensteigerung betroffen. Dies entspräche kaum einer Gleichbehandlung der Betriebe, ihre Stellung auf dem Markt wäre deutlich erschwert, nicht nur gegenüber jenen Kindertagesstätten innerhalb der Gemeinde, die keine Leistungsvereinbarung mit der Gemeinde haben, auch gegenüber allen privaten Kitas in der Region. Wieviele Anbieter unter diesen Voraussetzungen überhaupt noch an einer Leistungsvereinbarung interessiert wären, müsste abgeklärt werden.

Zusätzlich müsste geklärt werden, welche Auswirkungen dies auf die Kooperation mit den angeschlossenen Gemeinden (Kehrsatz und Neuenegg) hat, für welche die Gemeinde Köniz als Sitzgemeinde Plätze bereit stellt. Die Kitas in diesen Gemeinden (Kita Merlin Kehrsatz und Kitas Sensematt und Villa in Neuenegg), in denen die Gemeinde Köniz Plätze einkauft, wären von der Regelung ebenfalls betroffen.

Durch eine Regelung über die Leistungsvereinbarungen wären sicher Verbesserungen in Bezug auf die Praktikumskultur zu erwarten. Die Betriebe müssten mehr Schulabgänger für die Lehrstellen berücksichtigen. Praktikumsstellen wären vorwiegend noch für jene vorhanden, bei denen bereits eine Anschlusslösung oder zumindest ein Berufsziel besteht. Demgegenüber steht jedoch ein Rückgang der Angebote für diese Altersgruppe. Praktikumsstellen für Jugendliche würden durch Festanstellungen für Erwachsene ersetzt. Die Angebotskosten würden deutlich erhöht. Die Marktlage für die Könizer Betriebe mit einer Leistungsvereinbarung würde erschwert.

Die Steuerung der familienergänzenden Betreuungsangebote obliegt heute vorwiegend dem Kanton. Dieser erlässt die übergeordneten Vorgaben, auch bezüglich Betreuungsschlüssel und Anforderungen an das Personal. Dies sowohl im Bereich der subventionierten Plätze wie auch bei den privaten Angeboten. Um die Problematik der Praktikumskultur übergreifend anzugehen und dabei eine Gleichstellung der Betriebe auch ausserhalb der Gemeinde zu gewährleisten, müsste dafür auch auf kantonaler Ebene eine Regelung gefunden werden.

Der Gemeinderat ist bereit, in Zusammenarbeit mit den Anbietern und unter Einbezug der Kooperationsgemeinden die Folgen solcher Vorgaben detailliert zu klären. Die Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport wird überprüfen, wie viele Praktikumsstellen abgebaut werden müssten und wie viele zusätzliche Lehrstellen stattdessen geboten werden könnten. Sie wird zudem die finanziellen Auswirkungen möglichst genau berechnen. Auch soll in Rücksprache mit den zuständigen kantonalen Stellen geprüft werden, ob eine Regelung auf kantonaler Ebene in Aussicht ist. Allenfalls wird der Gemeinderat anlässlich der geplanten dritten Revision der ASIV entsprechende Empfehlungen abgeben.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das Postulat wird erheblich erklärt.
2. Das Postulat wird abgeschrieben.

Köniz, 20. Mai 2015

Der Gemeinderat

Beilagen

–